



ANDREAS OTTO

Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin

HELMHOLTZPLATZ • FALKPLATZ • ARNIMPLATZ



Foto: Bernd Friedel

WAHLKREISZEITUNG 2014

EIN HARTER KAMPF FÜR FAIRE MIETEN

Berlins Stadtentwicklung braucht mehr als Bauland für Vorzeigeprojekte. Mieten müssen in unserer Stadt bezahlbar sein. Für ArbeitnehmerInnen und Familien genauso wie für RentnerInnen, Studierende oder Menschen mit Einschränkungen. Dafür kämpfe ich als Vorsitzender im Ausschuss „Bauen, Wohnen und Verkehr“ im Berliner Abgeordnetenhaus.

Berlin braucht Neubau. Aber auch die bestehenden Wohnungen erfordern politisches Handeln. Die Bundesregierung hat zwar jetzt einen Gesetzentwurf zur Mietpreiskontrolle vorgelegt, der aber zu viele Ausnahmen enthält und die Rechtslage gerade nicht vereinfacht. Der Berliner Senat hat lange bestritten, dass es überhaupt Wohnungsprobleme gibt. Auch für die energetische Sanierung zu vertretbaren Kosten und den barrierefreien Umbau hat er kein Rezept. Die Wohnungsbauförderung der rot-schwarzen Koalition soll gerade mal 1.000 neue Wohnungen pro Jahr finanzieren. Dabei ist völlig klar, dass Mieten ab 10 Euro pro Quadratmeter im freifinanzierten Wohnungsbau für viele BerlinerInnen einfach utopisch sind. Das gilt für Familien mit geringen Einkommen, BerufsanfängerInnen oder SeniorInnen. Nach wie vor gibt es vom Senat kein Konzept, in dem Aufstockung und Verdichtung vorangetrieben werden, die Sanierungsquote stagniert. Michael Müller bevorzugt pressewirksame Aktionen auf der grünen Wiese, anstatt endlich an einer ganzheitlichen Strategie zu arbeiten.



Sanierung im Kiez

Foto: Max Niederhöppner

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

die aktuelle Legislaturperiode des Berliner Abgeordnetenhauses hat die Halbzeit überschritten. Mit dem BER-Desaster, dem großen Druck auf den Wohnungsmarkt und zuletzt dem Rücktritt des Regierenden Bürgermeisters ist einiges Überraschendes in den letzten zwei Jahren passiert.

Als Ihr Vertreter im Berliner Parlament werde ich jeden Tag mit der Senatspolitik konfrontiert. In dieser Wahlkreiszeitung möchte ich Ihnen Einblicke in meine Arbeit geben und über verschiedene Themen berichten. Zum Beispiel von der Arbeit im Europaausschuss, die mich jüngst nach Athen in ein Flüchtlingslager führte. Über bundespolitische Fragen wie die Mietrechtsdebatte, die Berlin im besonderen betrifft. Und natürlich über die Arbeit im Untersuchungsausschuss BER, wo wir aufklären, wie es zu einer Investitionsruine kommen konnte, die jeden Monat Millionen Euro unserer Steuergelder frisst.

Auch wenn ich als Parlamentarier für ganz Berlin zuständig bin, treffe ich besonders gerne die Menschen hier im Prenzlauer Berg, um den Helmholtzplatz, den Falkplatz oder den Arnimplatz herum. Viele Fragen, die mir in meinen Bürgersprechstunden oder per E-Mail gestellt werden, betreffen Wohnungs- oder Verkehrsprobleme hier bei uns im Kiez.

Aber Politik besteht nicht nur aus Problemen, es gibt auch sehr schöne Momente. So ein Augenblick war das 25. Jubiläum der Maueröffnung, als wir uns am 9. November im Mauerpark und auf der Bornholmer Straße getroffen haben. Viele Freunde und Bekannte waren da. Solche, die ich seit über 25 Jahren kenne und andere, die erst ganz kurz hier wohnen. Über alle habe ich mich sehr gefreut und hoffe, wir sehen uns bald wieder.

Ich wünsche Ihnen allen eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr!

Herzlich, Ihr **Andreas Otto**

DIE MIETPREISBREMSE



VORSCHLÄGE DER BUNDESREGIERUNG:

Bei Neuvermietung ab 2015: Mietsteigerung max. 10% über lokaler Vergleichsmiete

Nicht für umfassende Modernisierungsmaßnahmen

Für Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt, Laufzeit: 5 Jahre

Modernisierungsumlage (11%) wird nicht reformiert

Überhöhte Mieten gelten auch für Nachmieter

MEIN KOMMENTAR:

ENDLICH!!
Schon 2011 von Bündnis 90/ Die Grünen im Bundestag gefordert

Wir brauchen klare Regelungen und keine Schlupflöcher

Für nachhaltigen Mieterschutz: Besser 10 Jahre!

Begrenzung auf altersgerechten Umbau und energetische Sanierung

Mietpreiskontrolle muss für alle neuen Mietverträge gelten

Berlins Stadtentwicklung braucht mehr als Bauland für Vorzeigeprojekte. Die Sprach- und Ahnungslosigkeit der Regierenden zeigt sich immer wieder bei konkreten Nachfragen: So weiß der Senat nicht, welche der ca. 280.000 landeseigenen Wohnungen mit Asbest verseucht sind. Die Bewohnerschaft in vielen Häusern ist verunsichert.

Ebenso konnte der Senat auf meine Anfrage zur Lage der über 100.000 langjährig öffentlich finanzierten Sozialwohnungen nicht sagen, wie viele auch nach Ende der Förderung in den nächsten zehn Jahren noch bezahlbar bleiben. Dabei ist es immer billiger, soziales Wohnen im Bestand zu organisieren, anstatt nur auf Neubau zu setzen. Für Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen - fast jeder vierte Haushalt in Berlin - bleibt der Wohnungsmarkt damit weiterhin nur schwer zugänglich. Deshalb werde ich mich weiterhin für eine sozial gerechte Stadtentwicklung für Sie und alle BerlinerInnen einsetzen.



DAS MUSSTE SCHIEFGEHEN!

Wie lange noch Fluglärm in Pankow?

Die Anzahl der Starts und Landungen in Tegel nimmt immer weiter zu. Selbst im Prenzlauer Berg sind oft Maschinen zu sehen und zu hören. Seit über zwei Jahren warten wir alle darauf, dass der neue Flughafen BER endlich eröffnet wird. Nicht einmal der Senat kennt einen Termin. Geschäftsführer Mehdorn hatte für den 12. Dezember 2014 die Nennung eines Eröffnungstermins zugesagt. Vor wenigen Wochen musste er sich revidieren und erfand das neue Wort „Terminband“: Ein Eingeständnis des Scheiterns.

Wie konnte es so weit kommen?

Im Mai 2012 wurde die Eröffnung abgeblasen – nur rund vier Wochen vor dem geplanten Termin. Lange Zeit wurden technische Probleme und Terminverzögerungen ignoriert. Kostensteigerungen wurden als „Beschleunigungskosten“ verschleiert. Der im Oktober 2012 auf Initiative von Bündnis 90/Die Grünen konstituierte Untersuchungsausschuss hat bisher eine Reihe von Ursachen für das Scheitern des Flughafen-Projekts und die Milliardenverluste für Berlin, Brandenburg

und den Bund aufgedeckt. Etwa die mangelnde Kompetenz der Mitglieder des Aufsichtsrats, die allesamt niemals zuvor ein Milliarden-Bauprojekt geleitet oder begleitet hatten. Und als im Mai 2012 ein aktives Krisenmanagement gebraucht wurde, machten Klaus Wowerit & Co. mit der Entlassung des Generalplaners einen folgenschweren Fehler.

Über 100 Ingenieure wurden von einem Tag auf den anderen von der Baustelle abgezogen und nahmen einen großen Teil ihres Wissens um den Stand des Projektes und die Probleme mit. Seitdem wird an der Haustechnik, besonders der Entrauchungsanlage, herumgebastelt. Das schicke Terminal ist auf dem Weg zu einer Investruine und die Baustelle eine Goldgrube für alle möglichen Glückritter. Erste Korruptionsfälle wurden öffentlich.

Was kostet uns der Flughafen?

Das kann momentan niemand so genau sagen. Aktuelle Schätzungen gehen von mindestens 5,4 Milliarden Euro aus – geplant war einmal die Hälfte. Seit den



Foto: Andreas Otto

diversen Absagen der Eröffnung liegt kein Zeit- und Kostenplan mehr vor. Nur die laufenden Betriebskosten sind bekannt, es sind mindestens 17 Mio Euro pro Monat. Ein aberwitziger Preis für das kopflose Management der drei Gesellschafter Berlin, Brandenburg und Bund. Davon könnte man jeden Monat eine kleine Grundschule bauen – oder allen Einwohnern der Stadt jährlich 50 Euro schenken.

Und jetzt?

Klaus Wowerit wird nach seinem Abgang den Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft verlassen. Der Präsident des Brandenburger Rechnungshofes, Christoph Weiser, hat diese Gelegenheit kürzlich als vielleicht letzte Chance bezeichnet, die Flughafengesellschaft neu zu organisieren. **Lesen Sie dazu den bündnisgrünen Zwischenbericht auf meiner Homepage www.otto-direkt.de**



Foto: Cornelia Ludwig

Andreas Otto auf der Baustelle des Flughafens BER 2012

WANN WIRD BERLIN WIEDER REGIERT?

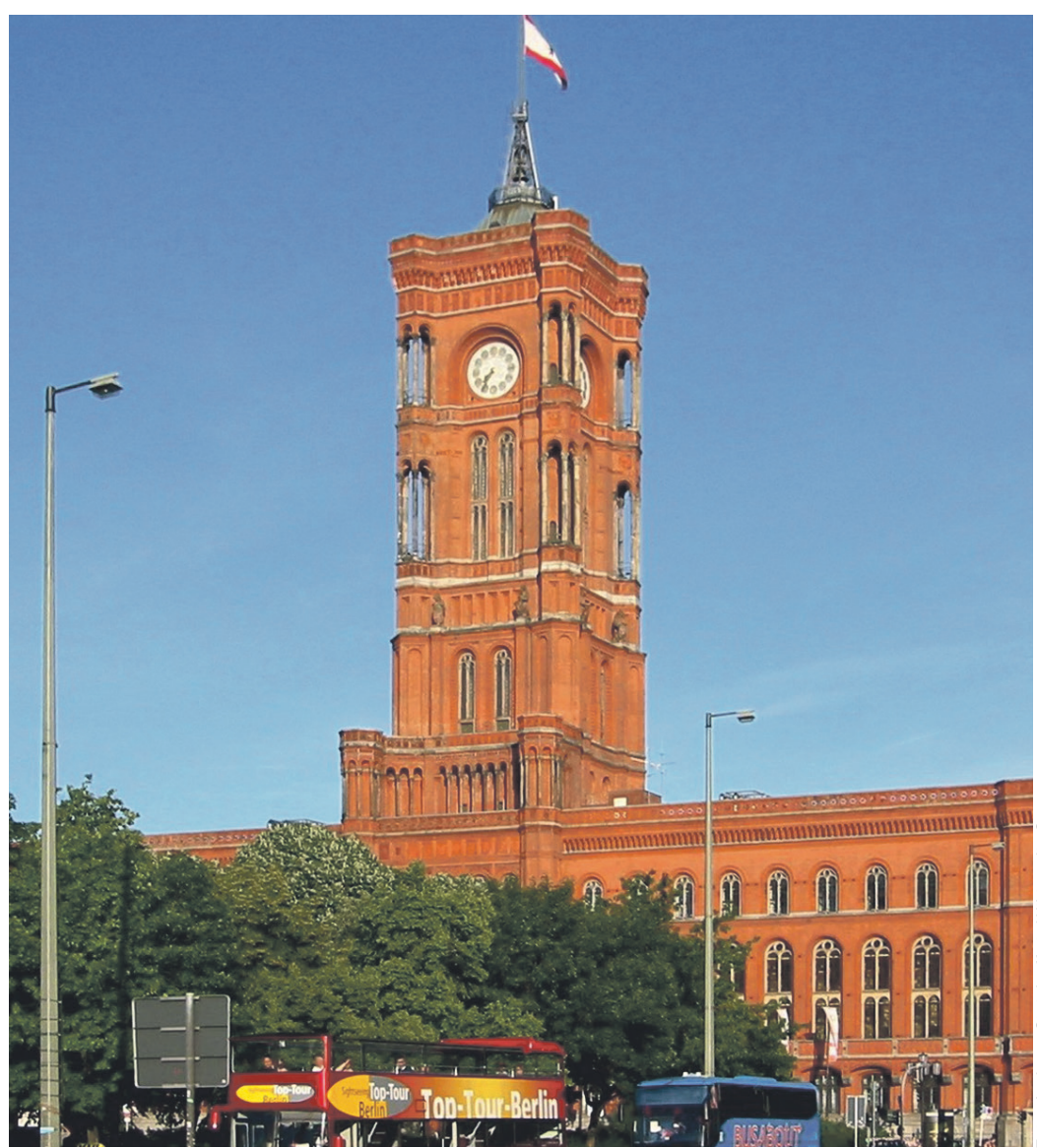
Als dieses Jahr die Sommerferien zu Ende waren und alle Berliner Kinder wieder in die Schule mussten, hat der Senat seine Ferien einfach um drei Monate verlängert. Nachdem der damalige Re-

giehende Bürgermeister Klaus Wowerit Ende August seinen Rücktritt angekündigt hatte, begann zunächst ein innerparteiliches Auswahlverfahren der SPD mit drei Anwärtern.

Das Verfahren erhielt einige Aufmerksamkeit, weil die drei Kandidaten es spannend machten. Dass aber währenddessen die Senatsarbeit und darüber hinaus die Arbeit der Regierungskoalition praktisch eingestellt wurde, ist ein denkwürdiger Vorgang. In dieser Zeit hätten die Parteien auch eine Neuwahl des gesamten Abgeordnetenhauses vorbereiten können.

Dann wären auch nicht nur wenige tausend SPD-Mitglieder stimmberechtigt gewesen, sondern alle Wahlberechtigten der Hauptstadt hätten eine Koalition und damit einen Wowerit-Nachfolger oder eine Nachfolgerin bestimmen können. Berlin braucht eine tatkräftige Regierung, die wirklich kämpft und den wirtschaftlichen Aufschwung nutzt, anstatt sich darauf auszuruhen.

Stattdessen erlebte die Stadt in den letzten Monaten Senatssitzungen, die fünf Minuten dauerten, und Plenarsitzungen des Abgeordnetenhauses, in denen SPD und CDU kaum mehr substantielle Sachanträge stellten. Alles untrügliche Zeichen des Stillstandes. Dabei gibt es so viel zu tun. Die Ausschreibung des Betriebes der S-Bahn auf dem Ring ist im Prinzip gescheitert. Alle Bewerber außer der Deutschen Bahn sind inzwischen abgesprungen. Ein Preisdiktat droht. Der Senat müsste zur Schadensbegrenzung wenigstens die dringend gebrauchten modernsten Züge selber bestellen, aber nichts passiert.



Rotes Rathaus

Foto: Andreas Steinhoff via Wikimedia Commons

Der öffentliche Dienst befindet sich in einer schweren Krise. SPD und CDU haben kein Konzept, wie die kommende Pensionierungswelle ohne Einschränkungen für die Bevölkerung und die Wirtschaft gemeistert werden kann. Besonders in den Schulen fehlen nach wie vor Lehrkräfte, auch die Lehrerausbildung liegt im Argen. Der Sanierungstau bei Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden wird immer größer.

Die Liegenschaftspolitik, die dringend weg von der Höchstpreisvergabe zur Konzeptvergabe und von Verkauf in Richtung Erbpachtlösungen umgesteuert werden muss, ist in eine Art Lethargie verfallen.

Auch in anderen Themenfeldern hakt es gewaltig. Die Schaffung von neuen Kapazitäten zur Aufnahme von Flüchtlingen geht sehr langsam und jüngst kam noch ein Verdacht der Vetternwirtschaft im Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin (LAGeSo) hinzu.

Das Geld, das für viele der Probleme benötigt wird, versickert lautlos am BER. Zweieinhalb Jahre nach der abgesagten Eröffnung geht es dort baulich kaum voran. Die einzige Bewegung bilden die täglich steigenden Kosten.

Der Aufsichtsrat ist bisher nicht in der Lage, Entscheidungen zu fällen und dem sogenannten Sprint-Team von Geschäftsführer Hartmut Mehdorn tatsächlich einen Sprint bis zur Eröffnung 2016 oder 2017 abzuverlangen. Es bleibt zu hoffen, dass der Wowerit-Nachfolger Michael Müller die Probleme zügig anpackt und nicht nur als Nachlassverwalter einer Investruine tätig ist.

25 JAHRE DAS JUBILÄUM DER FREIHEIT

Für mich ist der Mauerfall auch nach 25 Jahren keine Selbstverständlichkeit. Vielleicht empfinden Sie es ähnlich wie ich: **Dass wir gemeinsam den Jahrestag der Grenzöffnung an der Bornholmer Brücke, am Mauerpark oder in Mitte feiern konnten, grenzt noch immer an ein Wunder. Das wurde mir wieder bewusst, als ich bei dem großen Fest mit alten und neuen Bekannten bei einem Glas Glühwein angestoßen habe. Mit der netten Dame aus dem Wedding, dem Lehrling aus Birkenwerder, einem alten Mitstreiter aus Weißensee.**

Vielleicht erinnern auch Sie sich noch daran, was Sie am 9. November 1989 gemacht und wie Sie vom Fall der Mauer gehört haben. Ich hatte an diesem Abend eine Diskussions-Veranstaltung zur Bildungspolitik im „Haus des Lehrers“ am Alexanderplatz besucht. Gegen Ende hörten zwei meiner Freunde und ich, dass die Grenze nach West-Berlin offen sein sollte. Sofort liefen wir gemeinsam zum Tränenpalast an der Friedrichstraße. Die Grenzposten ließen uns passieren. Dennoch fragten wir, ob wir nach unserem „West-Ausflug“ auch wieder zurück dürften. Keine unberechtigte Frage, schließlich wurde in den Kreisen der SED damals die Variante diskutiert: „Grenze

auf, Querulanten raus, Grenze wieder zu!“. An die Wiedervereinigung dachte damals kein Mensch. Das galt auch für die Oppositionsbewegung in der DDR. Wir wollten erstmal die DDR demokratischer machen. Freier denken, sprechen, wählen, auch reisen. Wer mit der Mauer aufgewachsen war, für den war der Horizont der SED-Staat. Die Wiedervereinigung war zu unvorstellbar. Dass der so-

zialistische deutsche Staat seinem Ende entgegen taumelte, schien uns allerdings klar. Ein Meilenstein dabei war der Nachweis der gefälschten Wahlen am 7. Mai 1989. Die SED hat alle Wahlen gefälscht, seit 1950. Das sollte auch 1989 wieder so sein. Aber es kam etwas dazwischen: Im Bezirk Weißensee gelang die nahezu vollständige Auszählung der Wahllokale. Als „Wahlbeobachter“ habe ich in einem



Bundesarchiv, Bild 183-1989-1104-437 / Siettrik, Bernd via Wikimedia Commons

4. November 1989: Demonstration am Alexanderplatz

TTIP: SO NICHT! LASST SIE UNS AUFNEHMEN

Das Freihandelsabkommen TTIP soll angeblich Handelsbarrieren zwischen den USA und der EU abbauen. Seitdem Details über die geheimen Verhandlungen öffentlich wurden, überwiegt allerdings die Ablehnung der bisherigen Entwürfe. Die Bundesregierung will trotz wachsender Kritik einen schnellen Abschluss erreichen. Das klingt fürchterlich kompliziert, hat aber für die Verbraucher einige ganz simple und unschöne Folgen.

könnten sich durch TTIP mehren. Freier Handel ist die Grundlage für einen fairen Wettbewerb. Daran sind wir alle interessiert. Was ich persönlich aber nicht zulassen will, ist ein Aushebeln von demokratisch erkämpften Standards zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger



Foto: Constanze Stiedenburg

Vor allem der sogenannte Investorenschutz bleibt umstritten. Er bietet mit einer privaten Gerichtsbarkeit weitreichende Klagemöglichkeiten für Konzerne. Wenn diese ihre Investitionen durch europäische oder amerikanische Gesetze in Gefahr sehen, können sie dafür Entschädigungen verlangen. Das kann in allen Bereichen der Wirtschaft stattfinden. Ob Lebensmittel, Kulturgüter oder Bodenschätze – überall droht ein Angriff auf die nationalen Bestimmungen und Standards. Internationale Investoren könnten zum Beispiel das umstrittene Fracking zur Erdgasgewinnung durchdrücken, wenn sie nachweisen, dass ihr wirtschaftlicher Erfolg durch die deutsche Umweltschutzgesetzgebung behindert wird. Ein aktuelles Beispiel für ein Investor-Staat-Schiedsverfahren ist die Klage von Vattenfall gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen des Atomausstiegs. Vor dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten, (ICSID) in Washington verlangt der Konzern über vier Milliarden Euro von der Bundesregierung wegen der Stilllegung der beiden Pannereaktoren Krümmel und Brunsbüttel. Ähnliche Verfahren

in Deutschland und der Europäischen Union. Ich sehe den Verhandlungsstand zum Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU höchst kritisch, da es unsere Regeln in Bezug auf eine nachhaltige Wirtschafts- und Energiepolitik bedroht und den Verbraucherschutz beschneidet. Das Ziel muss sein, eine Harmonisierung der Standards auf hohem Niveau zu erreichen. Wenn die Amerikaner z.B. ihre Banken schärfer kontrollieren, kann das für Europa ein Vorbild sein. Bei manchen Lebensmitteln ist es eher anders herum. Ein neues Gutachten im Bundestag, das kürzlich bekannt wurde, ergab, dass die Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Futterpflanzen, die sich CDU und SPD im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vorgenommen haben, durch TTIP verhindert werden könnte. So geht es nicht, Frau Merkel!

In den vergangenen Wochen haben wir Deutschen mehr über Flüchtlinge gesprochen als in den letzten fünf Jahren. Ein kurzer Blick in die Abendnachrichten genügt und jeder versteht: Es werden noch mehr Menschen nach Deutschland kommen!



Illustration: Nikiol

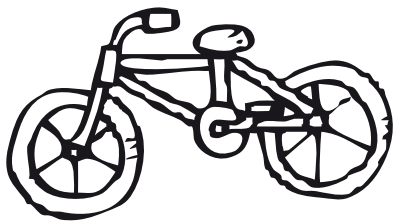
Krieg, Hunger, Vertreibung: Die schiere Not zwingt die Menschen dazu, sich in Sicherheit zu bringen. Ich war vor kurzem mit einer Gruppe von Abgeordneten in Griechenland. Weil dort die Außengrenze der EU verläuft, kommen sehr viel mehr Flüchtlinge an als bei uns. Da die Landgrenze dicht ist, kommen sie mit Booten über das Wasser. Genauso wie die Lampedusa-Flüchtlinge setzen sie sich erheblichen Gefahren während der Überfahrt aus, etliche kommen dabei ums Leben. Nicht zuletzt wegen der Wirtschaftskrise unserer EU-Nachbarn sind die Bedingungen für die Aufnahme von Flüchtlingen in Griechenland ungleich schlechter als bei uns. Was die Aufnahme von Flüchtlingen angeht, haben wir Deutschen es uns in der Vergangenheit oft ganz schön leicht gemacht. Schließlich galt quasi jeder, der zu uns gelangt war, als Flüchtling aus einem sicheren Herkunftsland. Wer über Polen, Österreich oder Italien einreist, kann einfach zurück geschickt werden. Wir müssen uns darauf einstellen, dass die Flüchtlinge in der EU künftig gerechter verteilt werden.

Ich freue mich sehr über das große Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in Berlin und insbesondere in Pankow, die ohne Ansehen der Herkunft oder der Religion Flüchtlinge von Herzen begrüßen. Sie stellen ihnen den Bezirk vor, helfen bei Behördengängen, gehen mit den Kindern schwimmen oder basteln. Und manchmal sitzen Pankower und NeubürgerInnen einfach bei Kaffee und Tee zusammen, man spricht in unterschiedlichen Sprachen, zur Not mit Händen und Füßen. Was oft auch sehr lustig ist.

Wir werden uns daran gewöhnen müssen, dass unter uns Menschen leben, die auf absehbare Zukunft nicht wieder in ihre Heimat zurückkehren können. Manche werden auch dann bei uns bleiben wollen, wenn der Konflikt in ihrem Land beendet ist. Je früher wir sie kennen lernen, umso eher entschwinden Fremdheit und Furcht vor der anderen Kultur. Es ist an der Zeit, dass wir lernen, unsere neuen MitbürgerInnen mit noch mehr Überzeugung und Offenheit willkommen zu heißen.

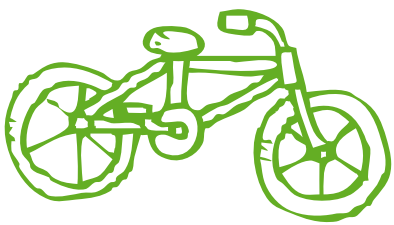
BOULEVARD SCHÖN- HAUSER

Wir alle kennen die Situation auf dem Bürgersteig in der Schönhauser Allee, wenn Radfahrer und Fußgänger sich behindern. Wer mit einem Eis in der Hand die Schaufenster betrachtet, möchte nicht von einem Fahrrad umgefahren werden. Und wer mit dem Fahrrad schnell nach Pankow will, möchte sich nicht im ZickZack durch Touristengruppen klingeln.



Der schmale Radweg, der im ZickZack auf dem Gehweg verläuft und schwer zu sehen ist, bildet eine permanente Unfallquelle. Die Schönhauser Allee ist mit U-Bahn, Straßenbahn und der Bundesstraße 96a eine wichtige Verkehrsader im Prenzlauer Berg. Aber gleichzeitig ist sie eine Wohnstraße, eine Einkaufsstraße und ein öffentlicher Ort. Der oft schmale Gehweg lässt ein geruhsames Laufen an vielen Stellen nicht zu. Damit das anders wird, setzen wir Bündnisgrüne uns dafür ein, dass der Radverkehr auf die Straße und weg vom Bürgersteig kommt. Dazu soll der Verkehr neu geordnet werden. Der Radverkehr soll runter auf die Fahrbahn, neben die parkenden Fahrzeuge. Wie in der Danziger Straße auf einen gekennzeichneten Streifen. Der Autoverkehr soll auf der linken Spur konzentriert werden. Damit die Menschen, die die Straßenbahn benutzen, ungefährdet aus – und einsteigen können, sollen die Haltestellen unter den Magistratsschirm, also das U-Bahn-Viadukt, verlegt werden. Die Züge bekommen dazu Türen auf der linken Seite.

Bis das alles gelingt, ist noch einige Überzeugung auf der Senatsebene nötig. Damit die Schönhauser auch für Fußgänger und Radfahrer sicherer und angenehmer wird.



> IMPRESSUM

ViSdP: Andreas Otto, MdA
Raumerstraße 24
10437 Berlin

Redaktion: Max Niederköppern,
Sascha Langenbach

Layout: Constanze Siedenburg

Druck: Henke Pressedruck
GmbH & Co. KG
Plauener Strasse 160
13053 Berlin
Dezember 2014

Auflage: 25.000

GEWINNSPIEL FÜR AUFMERKSAME LESERINNEN

engl. hinauf	Mehrdorns Tuppe	Material Schallplatte	Robert ... Gesellsch.	Buchstabe Garten-gerät	weibl. Vorname	Nachwuchs
	großes Auto			Matsch		
mag Honig	röm.: vier	6	Sturm	nicht weihnachtlich		
			Gewässer	1		
			Handels-marke		ital.: Mitte	5
spez. Protein	franz. Artikel	2	Dossier	10	engl.: mir niederdt. Schnee	
ital.: Du	mehr als nass					
Wahl-fälscher 1989		4				Kfz Zeichen Buthan
Kurz-f. an dem	öster. Sender		ital.: Dich	9	Bank in der EU	
	25 Jahre Jubiläum					3

Lösung:

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Gewinnen Sie einen Tag hinter den Kulissen des Abgeordnetenhauses mit Andreas Otto!

Bitte schicken Sie das Lösungswort bis zum 31.12.2014 an info@otto-direkt.de Namen bitte nicht vergessen!

MEIN BÜRO IM KIEZ



Am 1. Februar 2014 habe ich für Sie ein Büro im Wahlkreis eröffnet. Sie sind herzlich eingeladen, mich zu besuchen und mit mir und meinen Mitarbeitern über Ihre Anliegen zu sprechen. Seien es persönliche Wünsche oder konkrete Probleme oder ein allgemeiner Meinungsaustausch über die Politik.

Hier finden Sie mein Büro:

Raumerstraße 24

10437 Berlin

Fon: 030 2325-2445

Zu folgenden Zeiten sind meine Mitarbeiter für Sie vor Ort:

Montag 17 : 00 – 19 : 00 Uhr

Mittwoch 09 : 00 – 12 : 00 Uhr

Donnerstag 15 : 00 – 17 : 00 Uhr

Weitere Termine nach Vereinbarung
Homepage: otto-direkt.de

PERSÖNLICHES

Ich wollte nie Politiker werden. Doch dann kam die friedliche Revolution und ich merkte:

Demokratie passiert nicht von allein.

- 2011** direkt wiedergewählt in das Berliner Abgeordnetenhaus
- Bau- und wohnungs-politischer Sprecher
 - Mitglied und Sprecher im Untersuchungsausschuss zum Flughafen BER
 - Vorsitzender des Ausschusses für Bauen, Wohnen und Verkehr
 - Mitglied im Ausschuss für Europa- und Bundes-angelegenheiten, Medien
 - Mitglied im Unterausschuss Unternehmensbeteiligungen

2006 direkt gewählt in das Berliner Abgeordnetenhaus im Wahlkreis Pankow 6

1993 Geschäftsführer der Robert-
-2006 Havemann-Gesellschaft

1990 Bezirksverordneten-
-2006versammlung
Prenzlauer Berg
(später Pankow),
Fraktionsvorsitzender

1990 Mitglied der Grünen Partei
der DDR

1989 Friedlicher Revolutionär

1985 Studium der Elektrotechnik in
Berlin-Lichtenberg, Arbeit als
Konstrukteur

1983 Wehersatzdienst als Bausoldat

1978 Lehre und Arbeit als Elektriker
in Bernau

1962 geboren in der schönen
Uckermark

FAMILIE UND FREIZEIT

Seit fast 30 Jahren lebe ich mit meiner Frau in Prenzlauer Berg und habe zwei mittlerweile erwachsene Kinder. Sehr gerne mache ich Musik und singe im Gospelchor „Joyful Singers“.

Weihnachtskonzert:
21.12.2014, 17:00 Uhr,
Bartholomäuskirche,
Greifswalder Straße /
Ecke Am Friedrichshain



MEIN BÜRO IM WEB

OTTO-DIREKT.DE INFO@OTTO-DIREKT.DE

Täglich Neuigkeiten auf Twitter und Facebook!